

fügen. Doch diese Länder standen dem Wiener Aktionsprogramm von Anfang an skeptisch gegenüber. Ferner waren die von den Industrieländern in Wien zugesagten finanziellen Mittel für die Realisierung des Programms in den achtziger Jahren nicht mehr verfügbar.

Im Mittelpunkt der inhaltlichen Diskussion der 10. Tagung des IGCSTD stand ein Bericht zur Auswertung der Realisierung des Wiener Aktionsprogramms in der ersten Dekade (End-of-Decade Review of the Implementation of the Vienna Programme of Action). Ferner beriet der Ausschuß die laufenden und zukünftigen Aktivitäten des Zentrums der Vereinten Nationen für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung (United Nations Centre for Science and Technology for Development, UNCSTD) innerhalb des UN-Sekretariats sowie des Fonds der Vereinten Nationen für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung (United Nations Fund for Science and Technology for Development, UNFSTD) innerhalb des UN-Entwicklungsprogramms, die beide in der Folge der Wiener Konferenz als institutioneller Rahmen für die Realisierung des Aktionsprogramms etabliert worden waren.

Viele Delegationen konnten nicht umhin, die »unerfüllten Hoffnungen« des Aktionsprogramms zu beklagen. Es wurde aus dem zwecks Bestandsaufnahme vorgelegten Bericht deutlich, daß die Errungenschaften der achtziger Jahre trotz des weltweiten Bewußtseins von der Bedeutung von Wissenschaft und Technik für die wirtschaftliche Entwicklung der einzelnen Länder weit hinter den Zielsetzungen von Wien zurückblieben. Dies kann teilweise auf das ökonomische Umfeld der achtziger Jahre zurückgeführt werden, doch hat es, wie der Bericht feststellte, auch andere Gründe:

- Mangel an Kohärenz und Effektivität der Entwicklungshilfe im Bereich von Wissenschaft und Technologie;
- unzureichende Berücksichtigung von Prioritäten in den verschiedenen Problemfeldern, die eine wissenschaftlich-technische Antwort erfordern;
- Mangel an gegenseitiger Ergänzung und Abstimmung zwischen den verschiedenen bilateralen und multilateralen Institutionen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit; und schließlich
- die Tatsache, daß oft eine bloße Bereitstellung von Material, Infrastruktur oder Expertise für isolierte Projekte vorgenommen wurde statt einer Identifikation von Prioritäten beim Aufbau nationaler Kapazitäten und einer gezielten Technologiewahl.

II. Zehn Jahre nach Wien war es so an der Zeit für den IGCSTD, einen kritischen Rückblick zu wagen. Nicht nur erwiesen sich viele der in den siebziger Jahren in den Gremien der Vereinten Nationen diskutierten Konzepte als nicht politikfähig, sondern neue Aspekte, die in Wien noch nicht vorausgesehen werden konnten, tauchten auf: Neue Technologieentwicklungen wie etwa die Biotechnologie mit ihrem Potential für landwirtschaftlich orientierte Entwicklungsländer oder die wachsenden Probleme

der Wüstenbildung und globalen Klimaveränderungen. Die Antwort auf diese Probleme enthält eine wesentliche Wissenschafts- und Technologiekomponente und neue Herausforderungen an jene Organe der UN, die in diesem Bereich von der Wiener Konferenz etabliert worden waren.

Vor dem Hintergrund der erkennbaren Mängel internationaler Wissenschafts- und Technologiepolitik setzte der IGCSTD drei Schwerpunkte für die zukünftige Arbeit der UN-Organisationen in der nächsten Entwicklungsdekade:

> vermehrte Aktivitäten zum Aufbau eigenständiger Kapazitäten der Entwicklungsländer in Wissenschaft und Technik und die dazu notwendigen Politikdialoge auf Länderebene;

> Einsatz einer Technikfolgenabschätzung neuer Technologien in den Entwicklungsländern, vor allem im Sinne umweltfreundlicher Verfahren (environmentally sound technologies);

> verstärkte Koordinierung der Tätigkeit der verschiedenen UN-Organe und -Organisationen auf dem Gebiet von Wissenschaft und Technik.

Die Ergebnisse der Jubiläumstagung des IGCSTD stellen keine spektakuläre Abkehr vom Wiener Aktionsprogramm und seinen Hauptelementen dar. Die Debatte machte klar, daß vor allem die Entwicklungsländer – repräsentiert durch die »Gruppe der 77« – den Grundgedanken dieses Programms, nämlich den ungehinderten Zugang der Dritten Welt zum technischen Fortschritt, nach wie vor für richtig und unabdingbar hielten, während einige Industrieländer – vor allem Großbritannien, etwas verhaltenner die Vereinigten Staaten – erhebliche Zweifel an dessen Realisierbarkeit deutlich werden ließen. Auch in dieser Hinsicht hat sich an den Positionen von Wien wenig geändert.

III. Es herrschte allerdings Übereinstimmung, daß das Wiener Aktionsprogramm in vielen Details tatsächlich überholungsbedürftig sei und aktualisiert werden müsse. So konnten die bereits erwähnten Fragen der globalen Klimaveränderungen, die Notwendigkeit der Anwendung umweltfreundlicher Technologien, die möglichen Auswirkungen spezifischer neuer Technologien wie etwa der Biotechnologie sowie die Aids-Pandemie in Wien noch keine Rolle spielen. Zehn Jahre später hingegen sprachen viele Delegationen die Notwendigkeit an, Wissenschaft und Technik zum Einsatz in der Bekämpfung dieser spezifischen globalen Probleme kommen zu lassen. Vor allem der Einsatz neuer Technologien zum Schutz der Umwelt stellte nunmehr für viele Delegationen sowohl der Entwicklungs- als auch der Industrieländer ein dringendes Anliegen dar.

Die 10. Tagung des Zwischenstaatlichen Ausschusses ließ gewisse Fragen offen, vor allem im Hinblick auf praktische Schritte, die Teilhabe der Dritten Welt an Wissenschaft und Technik zu erhöhen. Wie zehn Jahre zuvor in Wien wurde die Schwierigkeit deutlich, derlei in den Kontext internationaler Diplomatie einzufügen. Doch die

vom IGCSTD verabschiedeten Resolutionen setzen zumindest neue Akzente und laufen auf eine Konzentration der künftigen Arbeit in den Schlüsselbereichen der Kapazitätsbildung, der Technikfolgen, der Berücksichtigung umweltfreundlicher Technologien sowie einer verstärkten Koordinierung der Arbeit der verschiedenen UN-Einrichtungen hinaus. Es liegt jetzt an den in Wien geschaffenen UN-Organen, die neuen Ansätze zur Realisierung des Wiener Aktionsprogramms in konkretes Handeln zu übersetzen.

Dieter Koenig □

#### **IFAD: Dritte Wiederauffüllung nach langwierigen Verhandlungen beendet – Drastischer Leistungsrückgang wichtiger OPEC-Länder – Freiwillige Beiträge anderer Entwicklungsländer (40)**

(Dieser Beitrag setzt den Bericht in VN 4/1986 S.140f. fort.)

Hatte man in den siebziger Jahren bei der Gründung des Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) geglaubt, mit dessen neuartiger Gruppenverfassung ein zukunftsweisendes Modell zu finden, so zeigte sich schon bald, daß die Lastenteilung zwischen Industriestaaten, Erdölförderländern und Entwicklungsländern nicht so recht griff. Nur unter Mühen konnte seinerzeit die zweite Wiederauffüllung des Fonds sichergestellt werden; in den letzten Monaten kam nunmehr auch die dritte Wiederauffüllung zustande, wobei aber zugleich deutlich wurde, daß sich einige Grundfragen erneut und sogar verschärft stellen.

I. Die dritte Wiederauffüllung dieser 1976 gegründeten Organisation konnte nach langwierigem Tauziehen um einen angemessenen Beitrag der OPEC-Länder zwar vor kurzem weitgehend abgeschlossen werden. Doch hat sich das Absenken der Leistungen dieser erdölproduzierenden Länder, die hierfür sinkende Erlöse geltend machen, weiter fortgesetzt. Damit ist der IFAD von der ursprünglich unterstellten Leistungsparität zwischen den westlichen Industrieländern (Kategorie I) und den OPEC-Staaten (Kategorie II) – zumindest einer annäherungsweise Parität im Verhältnis 60 zu 40 – mehr denn je entfernt. Daher ist die Frage dringlicher geworden, ob die darauf aufbauenden Entscheidungsstrukturen in der Zukunft unverändert beibehalten werden können.

Als erfreuliches Ergebnis der Wiederauffüllungsverhandlungen ist der steigende freiwillige Beitrag zu würdigen, den die anderen Entwicklungsländer der Kategorie III erbrachten. In Anerkennung dieser Entwicklung hatten sich die Industrieländer der Kategorie I bereiterklärt, die Beiträge der Kategorie II durch gleichfalls freiwillige Beiträge in dreifacher Höhe zu ergänzen. Nur durch diesen erheblichen zusätzlichen Beitrag konnte das Fortbestehen dieser wichtigen und allseits anerkannten Organisation si-

chergestellt werden, deren Hilfe auf die Förderung der armen ländlichen Bevölkerung in der Dritten Welt ausgerichtet ist.

II. Insgesamt konnte ein Wiederauffüllungsvolumen von rund 566 Mill US-Dollar für den Zeitraum bis Juni 1992 erreicht werden, das sich wie folgt zusammensetzt:

- Der Kernbeitrag der Kategorie I beläuft sich auf 186,6 Mill Dollar, er errechnet sich im Verhältnis 60 zu 40 zum Beitrag der Kategorie-II-Länder.

- Die Leistungen der Kategorie II sind vor allem durch das starke Absenken der Beiträge Saudi-Arabiens und Kuwaits auf 124,4 Mill Dollar geschrumpft.

- Der angestiegene freiwillige Beitrag der Kategorie III – 63,8 Mill Dollar – wurde durch einen dreifachen freiwilligen Beitrag der Kategorie I – 191,4 Mill Dollar – ergänzt.

Hätten die Kategorie-I-Länder im Herbst 1988 nicht in eindringlicher Solidarität eine solche Verdreifachung in Aussicht gestellt und sich stattdessen wie die OPEC-Länder auf ihren Kernbeitrag beschränkt, dann wäre ein Gesamtvolumen von nur etwa 375 Mill Dollar zustande gekommen. Damit wäre sicherlich die kritische Masse unterschritten worden, die eine effektive internationale Organisation für ihr Fortbestehen braucht.

Durch die Bereitschaft der Industrieländer zu Zusatzbeiträgen konnte der Fortbestand des IFAD sichergestellt und das vorangegangene Wiederauffüllungsvolumen von 484 Mill Dollar jedenfalls nominal übertroffen werden. Doch sollte angemerkt werden, daß die erste Wiederauffüllung noch 1,1 Mrd Dollar erbracht hatte. Seinerzeit hatten die OPEC-Länder noch 450 Mill

Dollar beigesteuert. Bei der zweiten Wiederauffüllung waren es nur noch 184 Mill Dollar. Dieser Beitrag wurde auch bei der jetzigen Wiederauffüllung als für die Kategorie II durchaus erreichbar zugrundegelegt.

Mit ihren 124,4 Mill Dollar blieben die OPEC-Länder weit darunter. Dabei war bemerkenswert, daß die Mehrzahl dieser Staaten sich bereit erklärte, dieselben Beträge wie bei der letzten Wiederauffüllung bereitzustellen. Doch sahen sich ausgerechnet Saudi-Arabien und Kuwait hierzu nicht in der Lage und senkten ihre Beiträge kräftig ab. Damit nahmen sie einen erheblichen Prestigeverlust (auch bei den Empfängerländern) in Kauf.

III. Dies ist um so bedauerlicher, als die beiden anderen Kategorien es in den Verhandlungen an Verständnis für die gegenüber den siebziger Jahren veränderte Einkommenslage der OPEC-Länder nicht hatten fehlen lassen. Doch blieben die gemeinsamen Appelle an die potenteren OPEC-Staaten, gegenüber den ärmsten Ländern mehr Solidarität zu zeigen, letztlich wenig erfolgreich. Immerhin muß als positiv festgehalten werden, daß es gelang, den Gruppencharakter der verschiedenen Kategorien zu erhalten und damit zumindest formell die Besonderheit des IFAD fortzuführen, bei der sich eine Gruppe von (ölproduzierenden) Entwicklungsländern an der Mittelbereitstellung für einen wichtigen Hilfsfonds zugunsten ärmerer Länder beteiligt.

Weiter ist zu würdigen, daß die anderen Entwicklungsländer in Kategorie III durch ihre gestiegenen Beiträge die Bedeutung des IFAD unterstrichen und damit seine gute Arbeit anerkannt haben. Insofern haben die Industrieländer der Kategorie I von dieser

Gruppe, die mehr als 100 Entwicklungsländer umfaßt, eine hilfreiche Unterstützung für ihr eigenes Engagement zugunsten des IFAD erfahren. In diesem Zusammenhang sollte auch aus politischer Sicht das gute Einvernehmen und Wechselspiel zwischen Kategorie I und III erwähnt werden, das sich im Zuge der Verhandlungen entfaltete.

Was allerdings die künftigen Beziehungen zwischen der Kategorie I und der Kategorie II angeht, so wird – wie schon erwähnt – verstärkt zu fragen sein, ob die OPEC-Länder angesichts des nochmaligen Absenkens ihrer Beiträge weiterhin dieselben Stimmrechte beanspruchen können wie die Industrieländer der Kategorie I, die inzwischen zwei Drittel der gesamten Wiederauffüllung erbringen. Dieses wichtige Thema dürfte daher die Diskussion in den Gremien des IFAD im kommenden Jahr mitbestimmen.

Fritz Fischer □

## Sozialfragen und Menschenrechte

### Menschenrechte und Jugend: Der Mazilu-Bericht – Anklage gegen die Willkürherrschaft in Rumänien – Leiden der Menschen aller Altersgruppen (41)

Selten dürfte ein Report für die Vereinten Nationen unter so widrigen Umständen und in einer so außergewöhnlichen persönlichen Situation abgefaßt worden sein wie der Bericht des 1985 mit einer Untersuchung zum Thema 'Menschenrechte und Jugend' betrauten Rumänen Dumitru Mazilu. Ungeachtet seiner Eigenschaft als Sonderberichterstatter der Menschenrechts-Unterkommission wird er in seinem Land praktisch unter Hausarrest gehalten. Die sich daraus ergebende Rechtsfrage beschäftigt mittlerweile den Internationalen Gerichtshof (vgl. VN 3/1989 S.97).

Eigentlich sollte der Bericht schon während der 39. Tagung der Unterkommission zur Verhütung von Diskriminierung und für Minderheitenschutz (August 1986) diskutiert werden, doch kam es immer wieder zu Verzögerungen. Versuche des UN-Generalsekretärs, ein Treffen mit Mazilu zu arrangieren, scheiterten an der rumänischen Regierung. Seit 1988 gelang es Mazilu, verschiedene Kapitel seines Berichts außer Landes und an den Generalsekretär zu schicken. Nunmehr liegt sein vollständiger Bericht vor (UN Doc. E/CN.4/Sub.2/1989/41 v. 10.7.1989), der durch ein Addendum (E/CN.4/Sub.2/1989/41/Add.1 v. 10.7.1989) über besonders gravierende Menschenrechtsverletzungen in Rumänien ergänzt wird.

I. Ungeachtet universell gültiger humanistischer Ideale und bindender Menschenrechtsverbürgungen werden die grundlegenden Rechte und Freiheiten insbesondere auch der jungen Generation in vielen Ländern mißachtet und brutal verletzt, so die Einleitung des Berichts. Insbesondere dann, wenn Mißstände am Beispiel Rumäniens aufgezeigt werden, läßt er an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: »Ganze Völker –

*Eine Premiere für beide deutschen Staaten stellt die Beteiligung an der zivilen Komponente der UNTAG dar. Die Deutsche Demokratische Republik stellt 30 Polizeibeobachter unter dem Kommando von Oberstleutnant Kienzle; am 11. Oktober wurden sie auf dem Flughafen Berlin-Schönefeld vom stellvertretenden Außenminister Bernhard Neugebauer verabschiedet. Rund vier Wochen davor waren aus der Bundesrepublik Deutschland 50 Polizeibeobachter nach Namibia entsandt worden (siehe VN 5/1989 S.175).*

